

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 2

Artikel: Die Militarisierung der südamerikanischen Politik : politische Entwicklung eines Halbkontinents
Autor: Mühlemann, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163078>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Militarisierung der südamerikanischen Politik

Politische Entwicklung eines Halbkontinents

Vor ungefähr zehn Jahren, als in Südamerika die Guerillabewegungen erste Höhepunkte erreicht hatten, fragte ein hervorragender Kenner der Region (Carl Hillekamps) am Ende einer auch heute noch lesenswerten Studie, ob in Lateinamerika wohl der *Nationalismus* oder der *Kommunismus* siegen werde, ob zwischen diesen beiden Kräften «unsere westliche Welt», wie er sagte, überhaupt noch eine Chance habe. Die Frage wurde gestellt angesichts eines *Katalogs von Problemen*, der auch heute noch seine Gültigkeit hat, angesichts ungelöster Verhältnisse im Agrarsektor, angesichts einer indianischen Urbevölkerung, die zum Dahinvegetieren am Rande des Staates verurteilt war, angesichts wachsenden Bevölkerungsdruckes, dem das Wirtschaftswachstum nicht zu folgen vermochte, angesichts steigenden Unbehagens gegenüber unkontrollierter Aktivität des Auslandskapitals, angesichts schliesslich ungenügender Infrastruktur und rückständiger sozialer Verhältnisse.

Anders formuliert müsste die Frage vielleicht lauten: Kann die *Demokratie* europäischen Verständnisses genügen, um die schlagwortartig angeschnittene Problematik zu bewältigen oder werden sich Ungeduld und Frustration in revolutionären Bewegungen entladen, die bis jetzt in ihren Ansätzen alle gescheitert sind? Oder wird, so kann die Alternative Nationalismus verstanden werden, die reaktionäre Komponente iberisch-lateinamerikanischer Prägung den Kontinent weiter bestimmen, werden Caudillismo, Personalismus, Kolonialstruktur die Länder Südamerikas weiter gefangenhalten?

Revolution – Demokratie – Reaktion: Mit diesen drei Begriffen glaubte man lange Zeit, südamerikanische Politik fassen und ordnen zu können. Wenn hier von Militarisierung dieser Politik die Rede sein soll, hätte das in der «tripolaren» Theorie wohl am ehesten mit Reaktion zu tun, möglicherweise mit *Caudillos* traditionellen Zuschnitts, mit Offizieren, die ins politische Geschehen eingreifen, um die Vorrechte einer kleinen Oberschicht zu verteidigen, oder um ihre persönlichen Machtgelüste zu befriedigen, mit Operettenstaatsstreichen à la Bolivien, wo sich 1970 innerhalb einiger Tage

nicht weniger als drei Generäle an der Machtspitze ablösen, bis sich der dritte, Juan José Torres, schliesslich durchsetzte, auch nicht für allzu lange Zeit. Militär setzt man hierzulande leicht mit Reaktion gleich, und es gibt auch im heutigen Lateinamerika Beispiele, diese Meinung zu belegen.

In manchen Ländern aber haben in den letzten Jahren Wandlungsprozesse in der Institution der Streitkräfte stattgefunden, die man als Entwicklung eines *technokratischen Problembewusstseins* interpretieren könnte. Es haben sich militärische Machthaber oder Gruppen von Machthabern durchgesetzt, die, das ist a priori klar, nicht demokratisch regieren, um beim eingangs aufgegriffenen Schema zu bleiben, die man aber auch nur mit Mühe als revolutionär oder als reaktionär etikettieren dürfte.

Politische Unterentwicklung

Militär also. Militär, das seit etwa zehn Jahren in verstärktem Masse wieder südamerikanische Politik bestimmt, sei es durch direkte Regierungsausübung, wie in *Brasilien* (seit 1964), in *Peru* (seit 1968) oder in *Chile* (seit 1973), sei es durch Innehaltung einer entscheidenden Schiedsrichterrolle (eines Vetorechts), wie in *Bolivien* oder in *Uruguay* (wo seit 1973 ohne Militär nicht mehr regiert werden kann). Formale Demokratien sind gegenwärtig (abgesehen vom Sonderfall der drei Guayanas, die man aus manchen Gründen besser dem karibischen Raum zurechnet) noch Venezuela, Kolumbien und Argentinien, wobei, ausser im Falle des reichen Venezuela, doch beträchtliche Bedenken gegen den wirklichen Demokratiegehalt in diesen Staaten angemeldet werden müssen. Auf Kolumbien wird zurückzukommen sein; in Argentinien ist das, was nach dem freiwilligen Rückzug der Militärs unter dem alten Caudillo Perón als Demokratie installiert worden ist, nach dessen Tod wieder altbekannten Zerzeissproben ausgesetzt. (Neu für Argentinien ist das Aufkommen einer bedeutenden Guerillabewegung, die sich zum Teil aus jugendlichen Peronisten zusammensetzt, die unter den Nachfolgern ihres Idols in den Untergrund gegangen sind.)

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, muss mit einem Blick zurück in die Geschichte sogleich festgestellt werden, dass Militärregierungen gewissermassen die *einzige Konstante* südamerikanischer Politik seit der Erringung der Unabhängigkeit darstellen.

Dazu einige Stichworte: Lateinamerika ist *kolonisiert* worden von zwei Mächten, deren politische Strukturen zu den rückständigsten in Europa gehörten. Zwei wichtige Ereignisse, die das Wesen der fortschrittlichen Staaten des Westens bestimmten, *Renaissance* und *Industrierevolution*, haben weder in Spanien noch in Portugal je Fuss gefasst. Iberischer Autoritarismus,

durchaus in Einklang zu bringen mit masslosem Individualismus, und iberischer Paternalismus sind in die Kolonien übertragen worden, noch verstärkt durch den Umstand, dass die Eroberer ja nicht kamen, um aufzubauen, sondern um Gewinn zu machen, zu zerstören, was sich ihnen entgegenstellte – gerechterweise muss beigefügt werden, dass die Kulturen, auf die die Konquistadoren stiessen, ähnlich autoritär wie das spanische Königreich aufgebaut waren, dass viele staatliche Formen einfach «zivilisiert» und «christianisiert» weitergeführt werden konnten. Eine schrittweise Modernisierung des politischen Denkens und der Institutionen wurde in den Kolonien nie angestrebt; es bot sich auch kein Anlass dazu. Politik war Sache einer kleinen Oberschicht, Wirtschaft spielte sich im feudalen System der Hacienda ab.

Die *Befreiung* von der spanischen und der portugiesischen Krone änderte daran nichts; denn die Leute, die sie vollzogen, waren ja die gleichen, die schon vorher die Macht innegehabt hatten, nur dass sie jetzt die letzten Bindungen zum Mutterland durchschnitten. Bald zeigte sich aber, dass gerade diese Bindungen, und waren sie auch noch so lose und selbstverständlich gewesen, über das Nichtvorhandensein innerer Kohärenz, eigener Strukturen, unabhängigen Denkens hinweggetäuscht hatten. Was nun auf die Befreiten zukam, war der Versuch einer Nationenbildung gleichsam aus dem Nichts heraus. Einzige machtpolitische Faktoren bildeten die über den Kontinent zerstreuten Befreiungsarmeen, die unter lokalen Caudillos ihren Einflussbereich absteckten. Das Militär besass nicht nur das Waffen-, sondern – entscheidender – auch das *Organisationsmonopol*, was sich im wesentlichen während des 19. Jahrhunderts nicht änderte. Die kolonialen Strukturen pflanzten sich fort, nicht zuletzt deswegen, weil Offiziere, Kirchenführer und Landbesitzer aus der gleichen sozialen Schicht stammten. Hier haben wir die Grundzelle dessen, was der eingangs zitierte Hillekamps als «Nationalismus» bezeichnete. Hier sehen wir die Fundamente für die beherrschende Stellung des Militärs in der lateinamerikanischen Politik.

Politik blieb das Geschäft einer kultivierten, begüterten *Oberschicht*. Zur Emanzipation von den iberischen Monarchien hatte nicht wenig ihre Begegnung mit Ideen der Französischen Revolution und allgemeiner des europäischen Idealismus beigetragen. Einmal unabhängig, gingen die jungen Staaten daran, sich nach ihren Vorbildern zu konstituieren; sie gaben sich, mit grosser Begeisterung, aber ohne viel Rücksicht auf die Realitäten, *schöne Verfassungen*. Es bildeten sich, immer unter der gleichen sozialen Schicht, Parteien, wobei bald zwei Grundhaltungen zu unterscheiden waren, eine *liberale* und eine *konservative*. Ob in Chile oder in Kolumbien, die Liberalen vertraten eine betont laizistische und eine eher föderalistische Staatsauffassung, die Konservativen orientierten sich an der Kirche und

gaben einem zentralistischen Staat den Vorzug. Dieses Parteienkartell hat sich einigermassen unverändert bis heute in Kolumbien erhalten, von 1958 bis 1974 sogar in Form einer reinen Alternationsabsprache (vier Jahre ein liberaler, vier Jahre ein konservativer Präsident, mit Mandatsteilung im Parlament). Zwar hatte dieser «Acuerdo nacional» durchaus seinen Sinn als Mittel zur Überwindung jahrelanger Wirren und einer Diktatur, aber auch die Wirkung, traditionelle Strukturen zu erhalten oder wieder zu festigen. Demokratie herrscht in Kolumbien gerade so sehr, als die Mächtigen im Sinne ihrer Idealverfassung sich alle vier Jahre ein Votum vom Volk einholen, um dann, stolz auf soviel moderne Aufgeschlossenheit, weiter ihre Privilegien zu pflegen.

Anders als beispielsweise in Venezuela, wo mit den ausländischen *Ölgesellschaften* unternehmerisches Bewusstsein, gepaart mit neuzeitlichen Sozialvorstellungen, Einzug hielt, ging die Industrialisierung in Kolumbien vorwiegend auf einheimische Initiative zurück, was gewiss positive Aspekte aufweist, letzten Endes aber leider auch wieder zu einer Verfestigung der bestehenden Ordnung, zur weiteren Bereicherung der Oberschicht, beitrug, ohne dass diese bei der herrschenden Arbeitslosigkeit gezwungen gewesen wäre, sich sozial aufgeschlossener zu zeigen.

Ganz anders verlief die Entwicklung im La-Plata-Becken und in Chile. Europäische *Einwanderer* aus Ländern, die eine erste Stufe der industriellen Revolution hinter sich hatten, brachten Initiative und Selbstbewusstsein mit. Sie waren prädestiniert, einen breiten (einen relativ breiten) *Mittelstand* zu bilden, was schliesslich in den zwanziger und dreissiger Jahren zur Formierung von Massenparteien führte, wie sie dann auch in Venezuela (aus bereits erwähnten Gründen) entstanden. In Uruguay und Chile wurde Demokratie mehr als konstitutionelle Formalität, doch, wie wir wissen, scheiterte sie nach jahrzehntelanger vermeintlicher Verfestigung im Volk, in Uruguay vor allem an einer übertriebenen Sozialgesetzgebung (auch das gibt es), die im Moment wirtschaftlicher Krise in den fünfziger Jahren den Schritt zur nötigen Austerität verunmöglichte. In Chile verkannte Präsident Allende, dass Demokratie wesentlich auch auf Masshalten und Ausgleich mit dem Gegner beruht; er nutzte die allerdings in der Verfassung angelegten präsidentialen Rechte zu extrem und führte das Land in die Polarisierung.

Diese sicher gewagten Verkürzungen müssen hier genügen, sind aber doch ausreichend, um einige relevante Schwächen der politischen Systeme Lateinamerikas anzudeuten, die die gegenwärtige Politik in dieser Region wesentlich bestimmen. Man muss eindeutig daran festhalten, dass traditionelle autoritäre Systeme angesichts eines sich bahnbrechenden Problembewusstseins überholt sind, weil sie den kolonialen Status, mehr oder weniger mit modernistischen Phrasen ausgeschmückt, zu konservieren trach-

ten. Man muss aber ebenso klar sehen, dass demokratische Lösungen nicht möglich sind, solange purer Formalismus, persönlicher Eigennutz oder aber überstürzte idealistische Aktionen das Feld beherrschen. Demokratie ist das Ergebnis *langer Reifeprozesse*, ist Sinn für das Mögliche und Unterordnung unter das Gemeinwohl, ist letzten Endes eine Frage der Erziehung ebenso wie eines gewissen allgemeinen Wohlstandes. Es wäre kurz-sichtig, die Demokratie für Lateinamerika einfach abzuschreiben; dass die meisten Länder des Halbkontinents aus diesen oder jenen Gründen noch nicht für sie reif sind, sollte jedoch ohne Sentimentalität eingestanden werden.

Traum und Untergang der Guerilla

Am 1. Januar 1959 zog eine Schar abgekämpfter, bärtiger junger Männer unter der Führung des Rechtsanwalts *Fidel Castro* in der kubanischen Hauptstadt Havanna ein, nachdem der letzte Widerstand der zusehends demoralisierten Truppen des Diktators Batista zusammengebrochen war. Der Triumph der 200 aus der Sierra Maestra stellte den Beginn einer sehr zwiespältigen Entwicklung zunächst auf der Zuckerinsel selbst dar, indem nämlich ein völlig korruptes, höchst einseitig strukturiertes System abgelöst wurde durch eine entgegen der verbreiteten Etikette «Kommunismus» echt lateinamerikanische, individuelle Mischung von Caudillismo und Parteibürokratie, deren Resultat nach 15 Jahren etwa das folgende ist: absolute aussenpolitische und ökonomische Abhängigkeit von der Sowjetunion, eine Art Parteitotalitarismus, aber auch höchste Alphabetisierungsrate Lateinamerikas, Arbeit für jeden Kubaner, Schulen, Spitäler in einer für die Region einmaligen Dichte.

Wichtiger im hier verfolgten Zusammenhang aber ist die ungeheure *Faszination*, die vom ersten Tag an die kubanische Revolution in Lateinamerika (und, wie man weiss, nicht nur hier) ausgeübt hat. Der 1. Januar 1959 war der Ausgangspunkt einer Guerillawelle, die den gesamten Halbkontinent (mit den bedeutenden Ausnahmen Chile und Paraguay) berührt, zum Teil heftig erschüttert hat. Für eine ganze Generation frustrierter, aber auch ehrlich über die Situation in ihren Ländern verzweifelter junger Leute wurde Kuba zum Fanal. Man sollte sich keiner Illusion hingeben: Wenn diese Leute nun plötzlich in der Gewalt den *letzten Ausweg* sahen, so waren daran die herrschenden Verhältnisse wesentlich mitschuldig. Ausserdem ist der ganz andere Stellenwert von politischer und physischer Gewaltanwendung in Lateinamerika gewiss auch zu berücksichtigen (was auch bei der Beurteilung des heutigen Militärregimes eine Rolle spielt). Das Erbe der indianischen

Hochkulturen ist da eine beträchtlich blutige Synthese mit dem Erbe der Konquistadoren eingegangen.

Auch wenn heute in Argentinien ein Wiederaufleben von Guerillaaktivität zu beobachten ist, auch wenn die Möglichkeit einer Bildung von Guerillaherden für Chile nicht ausgeschlossen werden kann, muss generell gesagt werden, dass das revolutionäre Kapitel des Kleinkriegs als hervorstechendes Merkmal der politischen Szene in Lateinamerika abgeschlossen ist. Es war gekennzeichnet durch eine wirre, unzusammenhängende Folge von Missverständnissen, Dilettantismus, taktischen Fehleinschätzungen, Teilerfolgen und Ausbrüchen intellektueller Romantik. *Individualismus* und *Idealismus*, die der grosse spanische Historiker Menéndez Pidal als die Grundzüge iberischer Mentalität herausgearbeitet hat, haben in Lateinamerika wieder einmal höchst fragwürdige Triumphe gefeiert. Die Guerilleros, vielfach Intellektuelle oder auch intellektuell angehauchte Wirrköpfe mit durchaus mittelständisch-bürgerlichem, wenn nicht sogar eindeutig elitärem gesellschaftlichem Hintergrund, haben nicht einsehen können oder wollen, dass Kuba ein durch ganz besondere Umstände begünstigter Einzelfall war. In Peru und Bolivien haben sie ihre Befreiung der Landbevölkerung gerade dort beginnen wollen, wo Bauern zum erstenmal in der Geschichte, wenn auch in bescheidenstem Ausmasse, Bodenbesitzer geworden waren. In Venezuela und in Guatemala haben sich ihre Aktionen gegen Reformregierungen gerichtet (Betancourt und Méndez Montenegro), die einen beträchtlichen Rückhalt im Volk hatten. Die Liste der taktischen und politischen Fehler liesse sich fast beliebig fortsetzen.

Mit der einzigen Ausnahme Uruguays, wo es lange Zeit so aussah, als könnte es den Tupamaros gelingen, die morschen Balken des Staates zum Einsturz zu bringen, haben die verschiedenen Guerillabewegungen letzten Endes nur das erreicht, was einige von ihnen, aber bei weitem nicht alle, herbeiführen wollten: *repressiven Gegendruck* durch das Militär. Das gilt letzten Endes auch für Uruguay, wo sich die schlechtausgerüstete und in dekorativer Präsenz erstarrte kleine Armee schliesslich aufraffte und Erfolge feiern konnte, die sie selbst wahrscheinlich zuletzt erwartet hatte. In ihrer dialektischen Verblendung hatten die Freischärler allerdings damit gerechnet, dass die auf den Plan gerückten Militärs mit Unterdrückungsmassnahmen eine revolutionäre Situation geradezu schüfen, indem nämlich, so meinten die Ideologen, das Volk sich gegen die Offiziersdiktatur erheben und zur Guerilla überlaufen würde. Besonders die venezolanischen Befreiungsbewegungen schienen sich dieser Dreistufentheorie von Gewalt – Gegengewalt – Revolution verschworen zu haben. Hier wie andernorts, wo man auf direkten Umsturz ausging, scheiterten die Revolutionstheoretiker gründlich.

Kurz zusammengefasst ergibt sich bisher, dass im gegenwärtigen Zeit-

punkt die Andenländer Chile, Bolivien, Peru und Ecuador, ausserdem Uruguay, Paraguay und das Riesenreich Brasilien in mehr oder weniger ausgeprägtem Masse von Militärs regiert werden. Untersucht man die *Motive*, die sie an die Macht gebracht haben, so muss man sich daran erinnern, dass Offiziere schon immer einen wesentlichen Einfluss auf die Politik des Halbkontinents genommen haben. In neuerer Zeit ergeben sich aber doch zwei ganz wesentliche Beweggründe für ihren Drang an die Schalthebel des Staates, nämlich das weitgehende Versagen oder doch Ungenügen sogenannter demokratischer Institutionen bei der Lösung der vordringlichsten Fragen und schliesslich die Herausforderung durch die kubanische Revolution und die kontinentale Guerillabewegung in ihrer Folge.

Dabei kann grob unterschieden werden zwischen den Militärputschs in Brasilien und Ecuador, die mit ineffizienten Zivilregierungen aufräumten, und der peruanischen Revolution von 1968, die zwar auch gegen eine gewählte Regierung gerichtet war, aber wie der kalte Staatsstreich 1973 in Uruguay sich eher aus der Auseinandersetzung mit der Guerilla ergeben hatte. Ganz ausgeprägt gegen eine Demokratie, wenn auch die auseinanderfallende, überhitzte Form einer solchen, war der Gewaltstreich der chilenischen Streitkräfte im September 1973 gerichtet. Auf Einzelfälle muss noch eingegangen werden.

Vom Kriegshandwerk zur entwicklungspolitischen Motivierung

Zunächst jedoch ist die Brücke zu schlagen von den bunt zusammengewürfelten Scharen des letzten Jahrhunderts zu den zum Teil hervorragend ausgebildeten, modern bewaffneten Streitkräften unserer Tage. Wesentliche *Entwicklungsfaktoren* haben die starke politische Stellung der heutigen südamerikanischen Offiziere unterstützt: nämlich die Professionalisierung, die Öffnung der Armeen gegenüber mittleren und sogar unteren Sozialschichten, der Einsatz von Militär in sogenannten «civic actions» und die vor allem durch die Vereinigten Staaten geförderte Antisubversions-Ausbildung.

Die *Professionalisierung* des Militärs, das heisst der Übergang von den im wesentlichen auf Gefolgschaftstreue oder Gefolgschaftszwang beruhenden Haufen zu Berufsverbänden, setzte um die Jahrhundertwende ein, nachdem es besonders starken Caudillo-Persönlichkeiten (man denke an Porfirio Díaz in Mexiko oder Juan Vicente Gómez in Venezuela) gelungen war, sich gegenüber eher lokalen Grössen durchzusetzen und nicht nur zum erstenmal so etwas wie Nationen, sondern in diesen auch nationale Streitkräfte zu bilden. Nach der Vereinheitlichung folgte vielerorts die Modernisierung, indem neue Waffen angeschafft wurden, was wiederum einer Forcierung der Aus-

bildung rief. Ausländische Berater wurden beigezogen, so in Chile (schon ab 1885) der preussische General Körner; in Brasilien und in Peru waren französische Militärmissionen tätig. Eine ähnliche Modernisierungswelle machen manche Armeen auch heute wieder durch; beispielsweise setzten (noch unter ziviler Herrschaft) die peruanischen Offiziere die Anschaffung von Mirages durch, Kolumbien und Venezuela folgten.

Korrespondierend mit der technischen Entwicklung verlief ein Prozess der *sozialen Differenzierung*. Wie schon erwähnt, hat sich in Chile, Argentinien, Uruguay und auch im Süden Brasiliens mit der Immigration von Mitteleuropäern, gleichzeitig mit ersten Ansätzen einer Industrialisierung, eine Mittelschicht vorwiegend städtischen Charakters ausgebildet. Das Militär bot der neuen Schicht am ehesten direkte Aufstiegschancen; sie «unterwanderte» die bisher ausschliesslich oligarchisch ausgerichtete Armee und verhalf dieser zu einem neuen, einem fortschrittlicheren Selbstverständnis. Auch in andern Ländern zeichnete sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine entsprechende Entwicklung ab. Das kleine Heer Ecuadors rekrutiert sich heute vorwiegend aus Angehörigen der Mittel- und sogar der Unterschicht; der peruanische Militärpräsident Velasco stammt aus einem elenden Provinznest, sein Vater war ein kleiner Händler.

Die traditionelle Aufgabe der Landesverteidigung nach aussen entfällt für die südamerikanischen Streitkräfte in der Praxis seit Jahrzehnten. Der letzte «grosse» Krieg auf dem Halbkontinent war der 1935 beendete Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay; seither waren noch brasilianische Truppen während des Zweiten Weltkriegs in Italien im Einsatz, und einige kolumbische Detachements nahmen am Koreakrieg teil. (Als aktuelle Zwischenbemerkung lässt sich anfügen, dass peruanische Soldaten einen Teil der UNO-Truppen im Golangebiet stellen.) Aus dieser im ganzen unkriegesischen Lage ergaben sich Möglichkeiten zum *entwicklungspolitischen Einsatz*, zur sogenannten «civic action». Truppen bauten und bauen Strassen (etwa die gewaltige Transamazônica), Spitäler und Flughäfen, werden zu Gesundheitsdienst- und Alphabetisierungsaufgaben oder zur Katastrophenhilfe abkommandiert – kurz, sie werden mit der Realität ausserhalb der Kaserne, mit Not und Rückständigkeit konfrontiert, was wesentlich zur Bewusstseinserweiterung beiträgt.

Der vierte Innovationsfaktor, der kurz gestreift werden muss, hängt ganz allgemein mit den ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen der nordamerikanischen *Hegemonialmacht* zusammen. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg, dann aber als Folge des «Kalten Krieges» und erst recht nach der Machtübernahme Castros in Kuba leisteten die Vereinigten Staaten den lateinamerikanischen Nachbarn Militärhilfe. Sie umfasste Waffenlieferungen, «Beratung» durch Militärmissionen und Ausbildung. Zwischen 1950

und 1965 wurden mehr als 31 000 lateinamerikanische Offiziere in oder von den USA ausgebildet, das heisst aber, nicht etwa nur in der Handhabung neuester Waffen instruiert, sondern auch politisch *indoktriniert*. Der Beitrag der amerikanischen Militärpolitik an die technische und geistige Modernisierung der lateinamerikanischen Armeen kann nicht überschätzt werden, auch wenn er hie und da recht eigengerichtete Erfolge zeitigte. So schlossen sich in Kolumbien, Venezuela und Brasilien nicht selten in Antiguerrillatechnik ausgebildete junge Offiziere der Guerillabewegung an. Auch die Entwicklung in Peru dürfte nicht ganz den Erwartungen der amerikanischen Militärmission entsprochen haben.

Mindestens in zwei Fällen, in Peru und Brasilien, hat sich der Ausbildungsprozess schon institutionalisiert in *militärischen Schulen* gar nicht traditionellen Zuschnitts. In Lima und Brasilia regieren heute nicht nur Offiziere, die eine ausgezeichnete waffentechnische und militärpolitische Lehre abgeschlossen haben, sondern Fachleute mit hochschulentsprechenden Diplomen, die sie an der «Sorbonne» in Rio de Janeiro oder am *Centro de Altos Estudios Militares* (CAEM) in Lima erworben haben. Dort werden die Kurs Teilnehmer, anders als an Generalstabsschulen, als Ingenieure, Soziologen, Agronomen ausgebildet. In Brasilien und Peru kann man deshalb am ehesten von Regierung durch Technokraten in Uniform sprechen; die unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Ländern haben heute Modellcharakter für Lateinamerika.

Die lateinamerikanischen Streitkräfte sind, wie sich aus der kurzen Betrachtung ihrer modernisierten Ausbildung deutlich ergibt, heute in ganz anderem Ausmasse als noch vor dreissig Jahren imstande, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorstellungen zu entwickeln. Wenn sie heute in die Politik eingreifen, geschieht das viel gründlicher als früher, wo es den Caudillo-Generälen meist eher um persönliche Macht ging und sie den Staat so belassen, wie er war, solange sie nur auf ihre Rechnung kamen. Diese Feststellung ist natürlich wie alle Verallgemeinerungen über Süd- oder gar ganz Lateinamerika nur tendenziell richtig; jedes Land hat eigene Entwicklungen durchgemacht. So ist es zwar durchaus richtig, von der Modernisierung und Bewusstseinsweiterung der südamerikanischen Offiziere zu sprechen. Betrachtet man dann die politische Wirklichkeit, stellt man rasch fest, dass eine tendenziell gleichgerichtete Entwicklung *höchst verschiedenartige Resultate* ergeben kann, je nach erreichter Stufe im Prozess und vor allem je nach politischer Umgebung, die man verändern oder jedenfalls beherrschen will.

Trotzdem: Militärs denken militärisch. *Militarisierung der Politik* wird bis zu einem gewissen Grad überall zu ähnlichen Erscheinungen führen müssen. Militarisierung der Politik erschöpft sich beileibe nicht einfach

darin, dass nun eben Offiziere als Minister und Verwaltungsbeamte tätig sind. Meistens zeigt sich das schon in der ersten Erklärung, in der die erfolgreichen Putschisten ihre Aktion zu rechtfertigen versuchen. Es heisst da dann etwa, dass eines Tages, nach Erfüllung eines bestimmten Auftrages, die Macht wieder an eine freigewählte Regierung abgetreten werden solle. Es werden offensichtlich politische Prozesse erkannt, in die man von aussen eingreift, die man unterbricht, weil man sie als Bedrohung, als Unordnung, als Unrecht oder Unsicherheit empfindet. Es soll nicht wie bisher Politik betrieben werden, sondern Politik nach militärischen Grundsätzen. Parlamente, als ineffiziente Debattierklubs, werden aufgehoben oder allenfalls als scheindemokratische Requisiten beibehalten, aber streng kontrolliert. Eine politische Entscheidung ist nicht mehr das Resultat von Planung, Diskussion und Abstimmung, sondern jetzt ausgeprägt von Planung, *Befehl* und Ausführung. Hierarchische Ordnung und *Disziplin* werden zu Richtlinien der Staatslenkung; daran haben sich die Bürger zu halten. Kritik hat da meist wenig Platz, wenn sie möglicherweise als Psychoprophylaxe auch noch in gewissem Rahmen toleriert wird. Das hat besonders auf die Presse unter Umständen verheerende Auswirkungen. Militärs neigen ausserdem dazu, Widerstände mit *Gewalt* zu brechen.

Dieser Katalog müsste natürlich verfeinert werden, was aber besser als in allgemeinen Erwägungen an Einzelbeispielen, gewissermassen pragmatisch geschieht. Es zeigt sich dann auch, dass Militarisierung der Politik vom Weitergewährenlassen der bisherigen Kräfte in der Politik bis zum Versuch reichen kann, Politik überhaupt durch militärischen Totalitarismus zu ersetzen. Fall eins *Ecuador*, Fall zwei *Chile*; wobei man beide Male von einer Politik von Unpolitischen sprechen könnte.

Revolution von oben?

Ecuadors Armee ist klein und nicht besonders gut ausgebildet; man schätzt sie auf etwa 20 000 Mann. Eine der brasilianischen «Sorbonne» oder dem peruanischen CAEM vergleichbare Schule steht nicht zur Verfügung, so dass ehrgeizige Offiziere im Ausland Kurse besuchen müssen. Aus einem anderen Grund kommt dieser Streitmacht hingegen «Mobilitätscharakter» zu: ihre Angehörigen stammen zum überwiegenden Teil aus dem Mittelstand. Im Februar 1972 haben die Streitkräfte den Volkstribunen Velasco Ibarra, der insgesamt – mit Unterbrüchen – fünfmal Präsident des Landes war, verjagt, angeblich wegen drohendem «nationalen Chaos» und um den Unterprivilegierten, der Mehrheit im rückständigen Land, zu Hilfe zu kommen. Das «Chaos» ist heute weder grösser noch kleiner als vor drei Jahren,

den Arbeitern und Campesinos geht es keinen Deut besser, und zwar weil die Militärs, wenn sie sich schon an Reformen machten, bis jetzt immer dem *Druck der bisherigen Machtelite* gewichen sind, den konservativen Landbesitzern der andinen Höhen und den liberalen Handelsherren des tropischen Guayaquil. Weiter: die Unzufriedenen, Studenten und unterbezahlte Arbeiter, dürfen auf der Strasse ihrem Unmut freien Lauf lassen; die Presse wird ein bisschen, aber nicht allzusehr gegängelt. Von Militarisierung der Politik kann kaum gesprochen werden.

Doch das könnte kommen. Denn: Ecuadors Armee hat geputscht, um die Hand auf die ungeheuren *Erdöllager* des östlichen Urwaldgebietes zu legen. Aus der Förderung nehmen sie schon heute rund hundert Millionen Dollar im Jahr ein. Das Geld wird vorerst nur für Ausrüstung und Ausbildung ausgegeben und in eine üppig wuchernde Planungsbürokratie gesteckt. Noch denken diese mittelständischen Offiziere an sich selbst und verschaffen sich erst einmal die Grundlagen für spätere politische Tätigkeit. Vielleicht halten sie durch; dann hätte man es heute mit einem *Vorstadium* eines technokratischen Militärregimes zu tun.

Gänzlich *archaisch* geht es, an politischen Massstäben gemessen, im Augenblick in Chile zu. Die vier chilenischen Oberkommandierenden, die Präsident Allende gestürzt haben, sind – paradox ausgedrückt – ihrem Ruf und dem Ruf der Streitkräfte in diesem Land, nämlich völlig unpolitisch und rein professionell zu denken, auch mit ihrem Putsch gerecht geworden. Anders als ihre peruanischen und brasilianischen Kollegen waren sie nach Jahrzehnten verfassungsgemässen Verhaltens auf eine politische Rolle auch gar *nicht vorbereitet*. Ihre Taten und Äusserungen belegen das deutlich genug. Ihr Eingreifen kann in nackten machtpolitischen Zusammenhängen nur dadurch erklärt werden, dass die zivilen Institutionen kurz vor dem Kollaps standen.

Das Übel, das die Generäle bekämpfen zu müssen glaubten, war konsequenterweise nicht nur die Zielsetzung der Unidad-Popular-Regierung, sondern das Versagen der Politiker und der Politik überhaupt. Gerade weil die Offiziere bisher in rein militärischen Kategorien gedacht und gehandelt hatten, verschrieben sie dem Land harte soldatische Disziplin, verwandelten sie es auf seiner ganzen Länge von 4000 Kilometern in eine Kaserne, wo jedes Aufmucken und jede politische Äusserung strikte unterdrückt werden. Die Parole *«Jeder Chilene ein Soldat – jeder Soldat ein Chilene»* enthält ihr ganzes Programm, das wörtlich auf eine Veränderung der Mentalität der Menschen abzielt und diese zu disziplinierten Soldaten machen möchte. Die Armee als einziger, aber umfassender Repräsentant der Nation.

Alle Parteien links der Christlichdemokraten sind auf «ewige Zeit» verboten, die anderen auf unbestimmte Zeit suspendiert. Es herrscht totale

Pressezensur und totales Versammlungsverbot, alle zivilen Gerichtsinstanzen sind ausser Funktion gesetzt. Für die Zukunft schwebt den Juntamitgliedern eine Art korporativistischer Ordnung vor, unter der den vielleicht wieder einmal zugelassenen Parteien jeder Einfluss auf Berufs- und Wirtschaftsleben verbaut sein soll. Doch das sind erst ganz vage Vorstellungen von Leuten, die Soldaten und Patrioten sind – aber noch keinerlei politisches Vorstellungsvermögen entwickelt haben. Militarisierung der Politik mittels *Ausschaltung* der Politik.

Uruguays Armee hat die Macht erst indirekt übernommen. Sie hat 1973 das Parlament nach Hause geschickt, eine Volksvertretung, die ihren eigenen Untergang mit grotesken Manövern aller Art noch beschleunigt hat. Ersetzt wurde sie durch einen Staatsrat, in dem wichtige Posten vom Militär gehalten werden; der gewählte Präsident Bordaberry hängt von diesem Gremium – und damit von den Streitkräften – völlig ab. Im Jahre 1972 hatten diese eher schlecht als recht vorbereiteten, etwa 20 000 Mann starken Militärs vom Präsidenten und vom Parlament den Auftrag bekommen, anstelle der demoralisierten und unterwanderten Polizei die *Tupamaros* zu zerschlagen, die bis heute erfolg- und erfindungsreichste Guerilla Südamerikas. Der Auftrag wurde tatsächlich ausgeführt. Aber dabei geschah folgendes: In langen Verhören gaben die Untergrundkämpfer ihr Wissen um Korruption, Unfähigkeit, Missachtung des Gemeinwohls an ihre Überwinder weiter. Diese kamen zum Schluss, dass eine solche Ordnung oder eben Unordnung nicht mehr verteidigungswert sei. Sie übernahmen selbst die Verantwortung.

Der Prozess ist in Uruguay geradezu paradigmatisch abgelaufen: Wirtschaftskrise – unfähige demokratische Institutionen – Guerilla – Reaktion des Militärs. Uruguays Generäle allerdings sind eher widerstrebend in die Politik gegangen; sie versuchen immer noch, halbwegs mit zivilen Instanzen zusammenzuarbeiten. Auch nach zwei Jahren Machtausübung weiss noch niemand, was sie eigentlich im Sinn haben. Ein Plan zur Sanierung der Wirtschaft soll vorliegen, ist aber noch nicht einmal in Ansätzen einer Verwirklichung näher gebracht. Uruguay braucht eine Landreform und eine Reform der Sozialgesetze, die bis heute 40 Prozent der Bürger zu Pensionären und weitere 20 Prozent zu Beamten gemacht haben. Ob dem Zaudern der neuen Herren wird das Volk unruhig, und ganze Scharen wandern aus – ohne auf nennenswerten Widerstand zu stossen. Lange Jahre des Überflusses haben Uruguay richtiggehend *gelähmt* – auch seine Offiziere.

Die Regimes in Ecuador, Chile und Uruguay lassen bis jetzt wenig von einem neuen Typ der Militärherrschaft erkennen. Sie sind aus einer *Krise der bisherigen Strukturen* heraus und im Zeichen einer allgemeinen «Militarisierung» der politischen Stimmung an die Macht gekommen. An sich ist eine

militärische Machtorganisation durchaus geeignet, festgefahrene Systeme zu lösen und harte Entscheidungen zu treffen. Doch dazu bedarf es eines Programms.

Die Generäle, die 1964 in *Brasilien* und 1968 in *Peru* das Ruder praktisch ohne Gewaltanwendung an sich rissen, hatten ein solches Programm. Sie stellen die Prototypen des problembewussten, weil fachlich geschulten und politisch engagierten Offiziers dar, der einen Notstand mit militärischer Logik angeht, Widerstände ausschaltet und seine Absichten durchsetzt. Ineffiziente Verwaltungen werden auf Trab gebracht, Fachleute von bürokratischen Fesseln befreit. In Brasilien und in Peru haben sich in den letzten Jahren ganz gewaltige Wandlungen vollzogen – wenn auch in diametral entgegengesetzten Richtungen.

Im Vergleich lässt sich sagen, dass die Offiziere beider Länder mit ihren Staatsstreichen zögernde, verwirrte, an Interessengegensätzen scheiternde Zivilregierungen abgelöst haben; die Peruaner waren zusätzlich motiviert durch die Auseinandersetzung mit einer Guerilla, deren Anführer sie nach Machtübernahme jedoch integrierten – ein recht einmaliger Vorgang im Rahmen einer Militärherrschaft. (Entgegen dem sonst überall zu beobachtenden Verlauf ist hingegen die brasilianische Guerilla erst als Antwort auf die militärische Repression entstanden.) In beiden Fällen sind hervorragende Militärschulen an der Bildung eines neuen Bewusstseins innerhalb der Streitkräfte beteiligt. In beiden Fällen ist die *wirtschaftliche Unterentwicklung* gleichsam als «Feind» ausgemacht und attackiert worden.

Die gewählten Methoden jedoch könnten sich nicht stärker voneinander unterscheiden. Brasilien geht einen sehr elitären Weg der sogenannten *vertikalen* Entwicklung mittels Forcierung der Industrie; bestehende Strukturen werden kaum angetastet. Dank völliger Öffnung gegenüber ausländischem, vorwiegend nordamerikanischem Kapital sind staunenswerte Steigerungsraten fast japanischen Ausmasses erreicht worden. Die Erfolge gehen eindeutig auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung, auf Kosten der sozial und ökonomisch Unterprivilegierten, da für eine kleine Oberschicht produziert wird, die auch direkt am Gewinnzuwachs partizipiert. Man vertritt in Brasilia die Meinung, dass im Laufe der Jahrzehnte der neue Wohlstand zunehmend weiteren Volksschichten zugutekommen werde. Vorläufig sprechen die veröffentlichten (und von Regierungsseite bestätigten) Statistiken dagegen: Die Reichen sind reicher, die Armen eher ärmer geworden. Das brasilianische Entwicklungsmodell enthält ungeheuren sozialen Sprengstoff. Allerdings bemüht sich der seit einem Jahr amtierende Präsident Geisel in vielen Bereichen deutlich und mit Erfolg um eine gewisse Entspannung.

Das peruanische Vorgehen müsste man demgegenüber als *horizontal* aus-

gerichtete Entwicklungspolitik bezeichnen. Vom ersten Tag an liessen die Offiziere um General Velasco keinen Zweifel an ihrer Absicht, zunächst einmal die ökonomischen Strukturen des Landes grundlegend zu verändern. Hauptpunkt in ihrem Programm war eine Landreform, die konsequent allen Grossgrundbesitz in Genossenschaften umwandelte, zum Teil in staatliche, zum Teil in solche der Arbeiterselbstverwaltung. Die Oligarchie wurde politisch gänzlich, wirtschaftlich teilweise entmachtet. Ausländischer Besitz wurde in vielen Fällen verstaatlicht. Auf der anderen Seite ist man pragmatisch genug einzusehen, dass es ohne ausländisches Geld nicht geht; man will sich lediglich die Kontrolle über die Investitionen vorbehalten.

Anders als ihre brasilianischen Kollegen, die ein politisch sehr straffes Regiment führen, lange Zeit die Presse sorgsam zensierten und vor allem jahrelang politische Gegner einsperrten (und folterten), sind die peruanischen Offiziere *pragmatischer* vorgegangen. Die politischen Parteien sind mit einer Ausnahme in Peru nicht verboten worden und haben ihren Einfluss mindestens bei ihrer Anhängerschaft behalten. Die peruanische Presse wurde in den ersten Jahren der Revolution nicht zensiert, höchstens wirtschaftlich unter Druck gesetzt. Im letzten Jahr allerdings sind die grössten Zeitungen des Landes «sozialisiert», das heisst enteignet und in den Besitz von Berufsorganisationen (Bauern, Intellektuelle, Arbeiter) übergeführt worden. Politische Häftlinge gibt es in Peru kaum; missliebige Kritiker wurden (und werden) des Landes verwiesen.

Trotz einer jahrelang sehr sachbezogenen und auf die in Lateinamerika üblichen Massenaufmärsche verzichtenden Politik ist es den Technokraten in Uniform kaum gelungen, dem Volk, zu dessen Wohl sie ja tätig sein wollen, ihre Ziele verständlich zu machen. Eine Bevölkerung, die jahrzehntelang am Rande oder ausserhalb der gesellschaftlichen und politischen Prozesse gelebt hat, kann nicht von einem Tag auf den andern für Reformen motiviert werden. Die peruanischen Generäle haben zwar eine Organisation zur technischen und politischen Schulung der oft noch analphabetischen Land- und Slumbevölkerung ins Leben gerufen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, die von der offiziellen Propaganda *hochgeschraubten Erwartungen* auf materielle Besserstellung zu erfüllen, was Links- und Rechtsextremisten ausnützen, um Stimmung gegen die Revolution zu machen. Ein jüngst aufgedeckter riesiger Korruptionsskandal zeigt andererseits, dass auch die peruanischen Offiziere nicht dagegen gefeit sind, ihre Sonderstellung zu eigenem Vorteil zu missbrauchen.

Gerade das peruanische Beispiel ist typisch für die Probleme dieser neuen Generation von Militärpolitikern. Ihre nach militärischen Gesichtspunkten organisierte politische Aktion läuft Gefahr, im luftleeren Raum, über das Volk hinweg zu geschehen: *Politik als eine Abfolge von Tagesbefehlen.*

Reformen von oben sind in Südamerika nötig, weil sie offensichtlich anders gar nicht durchgeführt werden können. Aber eines Tages muss das Gespräch zwischen Führern und Geführten eingeleitet werden, sonst kommt es zu unkontrollierten Misstrauenskundgebungen. Die Brasilianer haben die Frage vertagt; die Peruaner suchen Lösungen, die manchmal den Anschein von Hilflosigkeit erwecken, im kleinen aber oft auch Erfolg zeitigen. Die Caudillos alter Schule hatten es einfacher: Sie stiegen auf den Balkon, hielten eine zündende Rede und das Volk schrie Beifall – bis jemand kam, der stärker war und bessere Reden hielt. Die Technokraten in Brasilien und Peru setzen auf Taten statt auf Posen. Doch eines Tages müssen auch sie dazu übergehen, ihre Völker wieder in einen politischen Prozess zu integrieren.

E. Y. MEYER

Ach Egon, Egon, Egon

*Ein Briefwechsel mit Monsieur de Voltaire
anlässlich seines <Candide>*

Candide war ein Jüngling, der einen sehr sanftmütigen Charakter, ein argloses Gemüt und einen gesunden Menschenverstand hatte und deshalb auch seinen französischen Namen trug, der auf deutsch soviel wie *rein, lauter, unschuldig* und *treuherzig* bedeutet. Er lebte auf dem Schloss des Freiherrn von Thunder ten Tronck in Westfalen und war der uneheliche Sohn einer Schwester des <Barons>, wie ein Freiherr in Deutschland angedet wird. Der Hauslehrer mit dem griechischen Namen Pangloss, der auf deutsch soviel wie *Allesredner* bedeutet, lehrte die Metaphysico-theologico-cosmologie und vertrat die Lehre des Philosophen Leibniz, der meinte, dass Gott die Welt nicht geschaffen hätte, wenn sie nicht unter allen möglichen die beste gewesen wäre und immer noch sei; eine Lehre, die der englische Dichter Alexander Pope in seinem Lehrgedicht «Essay on man» noch auf den Satz: <Alles, was ist, ist gut> vereinfachte.

Für *alles*, was es auf der Welt gab und was auf ihr geschah, und für